

Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 07./08.12.2021

Teilhaushalt 6700 (Anträge 155 bis 162)

Damit kommen wir zum **Teilhaushalt 6700 Gartenbau** und springen auf die **Seite 388**.

Anträge 155 a und 155 b (Seite 388): Stellenaufstockung beim Gartenbauamt (GRÜNE) (SPD)

Beide Anträge unterscheiden sich um die Zahl der Stellen, die hier begehrt werden. Ich würde die gerne beide zusammen aufrufen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir hatten im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen eine Organisationsuntersuchung vorgelegt bekommen, in der ganz klar aufgezeigt wurde, dass es viel zu wenige Stellen gibt im Gartenbauamt. Die Zahlen möchte ich jetzt gar nicht benennen, aber es sind erheblich hohe Zahlen, weil die Aufgaben des Gartenbauamtes in den letzten Jahren wirklich sehr stark zugenommen haben, aber die Stellenentwicklung weit dahinter zurückblieb und insbesondere im Bereich der Baumpflege, der Baumkontrolle. Es sind auch wesentlich mehr Bäume gepflanzt worden in den letzten Jahren. Beim Unterhalt der Spielplätze, bei der Kontrolle der Spielplätze und auch bei der Grünpflege mit wachsenden Flächen in den letzten Jahren, das ist alles nur noch mit Mühe zu bewältigen. Und es stand auch fest und wurde auch tatsächlich auch so dargestellt, wenn es keinen Zuwachs an Stellen gibt, dann müssen auch Aufgaben abgebaut werden, zum Beispiel auch Spielplätze geschlossen, einfach, um ein Beispiel zu nennen. Das heißt also, wir sind der Meinung, dass wir hier einen moderaten Stellenzuwachs brauchen. Moderat mit Blick auf das, was eigentlich notwendig wäre. Wir würden uns sehr freuen, wenn der Gemeinderat, wenn die Fraktionen dem zustimmen würden. Denn das Gartenbauamt ist das zentrale Amt für die grüne Stadt, alles, was von den Bürgern und Bürgerinnen erwartet wird an Qualitätsentwicklung im Bereich Grün, wird im Wesentlichen vom Gartenbauamt ausgeführt und deshalb ist es auch notwendig, dass wir dieses Amt entsprechend so stärken, dass es seine Aufgaben erfüllen kann.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): In den Haushaltsberatungen zeigt sich ganz deutlich, welche große Verantwortung wir als Gemeinderat haben und für wie viele verschiedene Aufgaben wir zuständig sind. Im Sozial- und im Kulturbereich sind ganz viele zivilgesellschaftliche Dinge, die wir übernehmen und Verantwortung für zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine. Wir haben aber auch eine große Verantwortung gegenüber unserer Stadtverwaltung und wie meine Vorrednerin ganz richtig gesagt hat, gibt es eine Studie, die sehr deutlich aufzeigt, dass es Defizite im Gartenbauamt gibt in der personellen Ausstattung und das wollen wir nicht ignorieren. Wir haben natürlich die Stellungnahme der Verwaltung auch gelesen, aber wir können nicht ganz nachvollziehen, warum hier zum Beispiel jetzt noch mal darauf hingewiesen wird, dass erst mal untersucht werden soll, welche Auswirkungen saisonale Schwankungen haben. Wir gehen davon aus, dass bei einer Organisationsuntersuchung, die so groß angelegt war und ich glaube, über drei Jahre hinweg lief, solche Dinge berücksichtigt werden. Und deswegen ist es für uns auch kein Grund, jetzt von unserer Haltung abzuweichen. Wir bitten wirklich und appellieren an alle Fraktionen hier, diese Verantwortung auch ge-

genüber der Stadtverwaltung zu übernehmen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Es ist richtig, dass die Aufgaben im Gartenbauamt in den letzten Jahren zugenommen haben. Das ist auch bedingt durch Beschlüsse, die wir hier im Haus gefasst haben. Es ist aber auch richtig, wie es in der Antwort der Verwaltung steht, dass es saisonale Schwankungen gibt und genau die gilt es zu berücksichtigen. Ich möchte auf die Kolleginnen und den Kollegen, die vor mir gesprochen haben Bezug nehmen. Sie haben ja schon die Organisationsuntersuchung angesprochen. Es ist richtig, dass uns hier mal ein erster Zwischenstand vorgelegt wurde im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen. Und da wird ein erheblicher Personalbedarf gesehen. Aber die Organisationsuntersuchung ist eben noch nicht abgeschlossen. Und als wir die ersten Teilergebnisse vorgestellt bekommen haben, waren noch gar nicht alle Bereiche untersucht worden. Und ich muss für meine Fraktion sagen, dass wir es jetzt heute als zu früh ansehen würden, jetzt hier schon in diesem Umfang Stellen zu schaffen. Weil, wir sollten doch wirklich erst mal abwarten, was denn diese Organisationsuntersuchung ergibt. Und dann gemeinsam in den Ausschüssen auch überlegen und beraten, was das eben für Konsequenzen hat und wie wir da gemeinsam vorgehen. Denn Sie wissen ja auch, dass dies nicht nur Auswirkungen auf den Kernhaushalt hat, sondern auch die Ortsverwaltungen und so weiter betroffen sind. Also der Umfang ist da noch deutlich größer im Zweifel. Und deswegen können wir jetzt heute nicht mitgehen, sondern wir wollen abwarten, bis uns der Bericht vorgelegt wird und bis wir dann hier insgesamt in die Diskussion einsteigen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich sehe tatsächlich Notwendigkeiten beim Gartenbauamt, aufzustocken. Ich sehe das Problem, dass das Personal dort wirklich ziemlich am Limit ist und an der Kante und wir auch als Ausbildungsbetrieb hier als Stadt eine Verantwortung haben. Deshalb möchte ich auch gleich auf die zwei nächsten Ordnungsziffern 156, 157 eingehen, da schließen wir uns der Stadtverwaltung an. Wir sehen das tatsächlich so ähnlich. Aber ich möchte trotzdem betonen, dass dieser Betrieb Gartenbauamt umgestellt werden soll auf Bio, wir sind uns alle im Klaren darüber, dass hier mehr Personal benötigt wird. Und wie gesagt, die Qualität der Ausbildung erscheint mir auch sehr, sehr wichtig, zu erhalten. Deshalb, wir würden jetzt nicht zehn Stellen zustimmen, also wenn wir jetzt in 2022 erst mal fünf Stellen aufstocken, denke ich, dann muss man erst mal schauen, wie man weiterkommt. Aber ich glaube, einfach auch aus Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollte man hier sich Gedanken machen, wie man das umsetzen kann. Wir werden aber uneinheitlich abstimmen, weil wir uns da tatsächlich auch noch nicht hundertprozentig einig sind.

Der Vorsitzende: Damit rufe ich die Abstimmung auf. Und zunächst stelle ich zur Abstimmung der **Antrag 155a** der GRÜNEN, je fünf Vollzeitstellen für 2022 und 2023, also insgesamt zehn. Und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt rufe ich auf den **Antrag 155b** der SPD, fünf Vollzeitstellen für 2022 und bitte auch hier um Ihr Votum. - Das ist eine **Mehrheit**.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass Sie damit quasi das Personalbudget des Gartenbauamtes um diese Stellen erhöhen. Sie haben ja auch schon eine Schwerpunktsetzung politisch vorgegeben. Wir würden dann aber nach der entsprechenden Definition der einzelnen Stellen noch mal mit Ihnen im Personalausschuss die Sache endgültig abbinden, so wie

wir das beim letzten Mal auch gemacht haben. Und das Thema Ausbildung ist uns auch ganz wichtig, Frau Stadträtin Binder. Wir erleben ja, dass wir auch, was die Spielplatzkontrolle betrifft, nicht alle Stellen besetzt gekriegt haben, bei den Stellen, die wir schon haben. Beim Thema Baumpflege, gibt es ein ähnliches Problem. Und wir müssen jetzt selbst stärker in Ausbildungskapazitäten einsteigen, damit wir das in den nächsten Jahren bewältigt bekommen. Das ist auch an der Stelle auf alle Fälle schon die Strategie, die wir hier verfolgen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich wollte zu dem Antrag noch was fragen: Betreffen diese Stellen ausschließlich das Gartenbauamt der Stadt oder auch zum Beispiel Durlach? Da ist diese Organisationstabelle, diese Studie, durchgeführt worden. Auch Bedarfe wurden da festgestellt. Das war mir jetzt nicht klar, ob das nur städtisch ist oder auch den Ortsteil Durlach betrifft.

Der Vorsitzende: Das kann ich Ihnen jetzt so nicht beantworten. Ich würde jetzt gerne mit dem Beschluss, den Sie gefasst haben, da gibt es ja einen Beschlusstext dazu, den ich jetzt auch nicht gerade wörtlich kenne, und mit dem Gartenbauamt darüber reden, welchen Vorschlag man Ihnen macht, wo diese fünf Stellen am sinnvollsten für die von Ihnen vorgesehenen Bereiche eingesetzt werden. Und dann können Sie darüber ja abschließend noch mal befinden.

Antrag 156 (Seite 388): Zusammenarbeit Gärtnereien mit sozialen Trägern (FW|FÜR)

Da geht es um einen Prüfauftrag. Prüfanträge könnte man natürlich auch im Fachausschuss diskutieren. Ich will nur darauf hinweisen.

Antrag 157 (Seite 388): Umstellung von saisonale auf Dauerbepflanzung (FW|FÜR)

Vielleicht können wir beide gleichzeitig machen. Das ist okay, vielen Dank.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Mit unserem Antrag 156, die Zusammenarbeit mit den sozialen Trägern zu intensivieren, haben wir genau das Ziel verfolgt. Nämlich die städtische Gärtnerei ein bisschen zu entlasten und diese sozialen Gruppen mit einzubinden, und da freuen wir uns auch sehr über die Antwort der Verwaltung, dass sie das gerne so aufnehmen und dass sie da auch noch Möglichkeiten sehen, das auszuweiten. Von daher würden wir unseren Antrag hier nicht zur Abstimmung stellen, betrachten ihn soweit als **erledigt**.

Anders sieht es bei unserem Antrag 157 aus, die Umstellung auf die Dauerbepflanzung von einer saisonalen Bepflanzung. Da musste ich doch etwas schmunzeln, was da alles zitiert wird aus dem großen Buch der Ausreden, Seite 277 Abs. 3, § 1. Also zunächst einmal, ich weiß nicht, wer von Ihnen allen so ein bisschen gärtnerische Vorbildung hat. Saisonale Pflanzen wie jetzt Geranien und Begonien und so ähnliche Sachen bieten eigentlich der heimischen Flora und Fauna und der Biodiversität überhaupt nichts. Sie haben für Bienen überhaupt keinen Sinn und sie verursachen beim Gartenbauamt einen großen Aufwand. Die Pflanzen werden meines Wissens zum Teil selbst herangezogen, müssen alle gesetzt werden. Diese Pflanzen haben einen sehr hohen Wasserbedarf in den Sommermonaten, bringen eigentlich nichts, außer dass sie schön aussehen vielleicht. Bei der Umstellung auf die Dauerbepflanzung möchten wir auch nicht, wie von der Verwaltung zitiert, nur irgendwelche Büsche, Sträucher und Bodendecker. Falls man sich da nicht auskennt bei der Verwaltung, kann

sicherlich der Kleingartenverein oder können die Vorsitzenden des Kleingartenvereins hier beratend zur Seite stehen oder vielleicht auch einige Mitglieder aus dem Gemeinderat. Ich stelle mich da gerne zur Verfügung. Heutzutage ist es selbst in Privatgärten üblich, dass man so eine Art Mischbepflanzung macht, sodass eigentlich immer was blüht. Und man achtet auch bei der Auswahl der Pflanzen sehr genau darauf, was für die Bienen und die anderen Insekten und die Vögel Nahrung und Zuflucht bietet. Und nur das haben wir mit diesem Antrag verfolgt. Letztendlich bietet diese Mischbepflanzung dem Boden mehr Beschattung, sodass deutlich viel weniger gegossen werden muss, was dann weniger Aufwand für das Gartenbauamt bedeuten würde. Auch der Pflegeaufwand sowie der ständige Austausch der Pflanzen würde sich erübrigen.

Noch ein Wort zu den Befürchtungen, dass wir dann weniger Tourismus hätten, also wenn ich mir jetzt vorstelle, wenn ich von der L605 stadteinwärts Richtung Südweststadt, Brauerstraße fahre, da ist rechts an dem Hang immer so eine Fläche, die saisonal mit rot-gelben Pflanzen, das soll das badische Wappen darstellen, bepflanzt ist. Wenn wir da jetzt in Zukunft Bodendecker hinmachen und überhaupt keine Touristen mehr nach Karlsruhe reinfahren, würde das ja meinen Kollegen von der Fraktion der GRÜNEN in die Hand spielen, dann hätten wir keine Autos mehr auf der Brauerstraße. Von daher wäre das vielleicht auch nicht schlecht.

Stadtrat Maier (CDU): Der Grundgedanke des Antrags kommt ja ganz charmant her. Aber wir als CDU wollen hier weiterhin für Vielfalt, für Biodiversität und gegen Monokulturen eintreten. Wir wollen weiterhin eine lebendige, eine blühende und eine farbige Stadt, in der sich die Mitarbeiter des Gartenbauamts auch weiterhin austoben können. Von daher lehnen wir den Antrag ab.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich habe eine Frage an Frau Lorenz und Ihre Fraktion. Haben Sie auch bedacht, wenn Ihr Antrag durchgeht, was es für das städtische Gartenbauamt bedeutet, insbesondere für die Beschäftigten dort und die Auszubildenden?

Stadträtin Lorenz (FW | FÜR): Herr Cramer, da haben wir dran gedacht. Wir gehen auch nicht davon aus, dass das alles innerhalb von einem Monat oder einer Saison umgesetzt werden muss. Aber wenn man da im Frühjahr hingeht und diese saisonale Bepflanzung macht, kann man genauso gut dann eben auf so eine Mischbepflanzung mit Stauden und Blühsträuchern wechseln.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Also das ist jetzt wirklich ein Streit um Kaisers Bart, anders kann man das nicht formulieren. Es sind noch Restbestände da, mit saisonaler Bepflanzung. Falls man die jetzt auch noch aufhebt und Stauden pflanzt, bringt es allerdings finanziell nicht das, was notwendig wäre an Stellen, jetzt sich darauf zu beziehen, dass das Gartenbauamt doch eigentlich gar keine Stellen braucht, weil sie ja nur umstellen müssen auf Stauden. Das funktioniert in der Praxis nicht. Man kann ein paar saisonale Pflanzen noch belassen und auf das Wappen können wir durchaus auch verzichten, wenn es notwendig wäre. Aber grundsätzlich ist es notwendig, mehr Stellen zu schaffen und nicht sozusagen einen Nebenschauplatz zu eröffnen, der gar nicht relevant ist, weil es genügend Staudenbeete auch beim Gartenbauamt inzwischen gibt.

Der Vorsitzende: Gut, jetzt machen wir erst mal die Anträge. **156** hatte sich ja erledigt. **157**

stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, Frau Stadträtin Lorenz, so sehr ich Sie schätze, aber auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine gärtnerische Vorbildung und brauchen nicht die entsprechende Beratung des Kleingartenvereins. Sie haben etwas abwertend gesagt, am Ende sieht es einfach nur gut aus. Genau darum geht es aber auch. Ich kann Ihnen eine kleine Glosse aus dem Mannheimer Morgen von vor zwei, drei Jahren zuspiesen, wo ein Redakteur mal Karlsruhe besucht hat und dann gesagt hat, das ist eine ordentliche Stadt, weil die es sich wenigstens noch herausnimmt, an bestimmten zentralen Stellen sich zu erlauben, es mal mit einer einfach schönen Bepflanzung zu versuchen. Und dieses von Ihnen ja angesprochene badische Wappen gehört ausdrücklich dazu. Genau das soll dort rüberkommen und genau das kommt auch dort rüber. Und deswegen geht es eben auch um diesen ästhetischen Aspekt, der sicherlich nicht immer was mit Biodiversität zu tun hat, da bin ich bei Ihnen. Und wir müssen die Schwerpunktsetzung noch mal diskutieren, das sagen wir ja auch ausdrücklich zu, im Rahmen auch der Fachdiskussionen in den nächsten Jahren.

Für viele in Karlsruhe ist auch die Bepflanzung des Straßenraumes in Ettlingen immer ein großes Vorbild, da haben sie Lavendel und solche Sachen, die sind Dauerstauden und sehen trotzdem gut aus und sind auch noch biodivers nutzbar. Ich denke, da gibt es Diskussionsbedarf, dem stellen wir uns. Aber die beiden Punkte waren mir schon mal wichtig. Auch wir haben vorgebildete Leute, zumindest nehme ich das für uns heraus. Und wir haben es genau auch deswegen so, weil es gut aussehen soll und das ist auch ein gewichtiges Argument.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Es war in keiner Weise abwertend gemeint, sondern das war einfach so auf die ein bisschen flapsige Antwort der Stadtverwaltung gemünzt, das musste ich als Retourkutsche dann bringen, ganz klar. Und dass die Dauerbepflanzung gut aussehen kann, das zeige ich Ihnen gerne mal bei einem persönlichen Gespräch in meinem eigenen Garten.

Der Vorsitzende: Okay, wir verabreden uns. Vielen Dank für die Einladung.

Gut, wir machen weiter. Ich möchte auf der **Seite 388 und 391 auf Veränderungen** hinweisen, die wir hier über die Veränderungsliste eingepreist haben. Da geht es einmal um unser Projekt Intensivierung und Digitalisierung der Bewässerung von städtischen Grünflächen und Produktion biozertifizierter Pflanzen im städtischen Betrieb. Das ist der Gesamttitel. Das hat dann was mit Fahrzeugen zu tun, mit Sensoren und vielem anderen mehr. Die Fördermittel des Bundesamtes wurden hier eingepreist sowie noch eine Erbschaft. Die Beschaffung der Bewässerungsfahrzeuge als solche erfolgt dann über das Fuhrparkmanagement des AfA und diese sind dort auch schon eingeplant.

Wir sind damit bei 10:45 Uhr mehr oder weniger und da hatten wir uns eine Pause vorgenommen. Insofern würden wir jetzt mal eine viertel Stunde unterbrechen. Ich würde bitten, dass wir pünktlich fortsetzen. Und wir spielen jetzt auch noch mal die Redezeiten ein Frau Stadträtin Moser. Da sind sie schon. Wobei ich noch mal hinweisen möchte, wir haben einige Redebeiträge gestern, die etwas mit der Funktion als Ortsvorsteher, Ortsvorsteherin zu tun hatten, bei den entsprechenden Parteien eingepreist. Das würde ich, falls am Ende die Zeit knapp wird, dann noch gegebenenfalls auszugleichen versuchen. Ich glaube aber, wir kom-

men trotzdem ganz gut wahrscheinlich mit den Redezeiten hin. Schöne Pause und wir treffen uns hier um elf wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:45 Uhr bis 11:03 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde Sie bitten, an Ihre Plätze zurückzukehren. Vielleicht könnte mal jemand hinten an den Tischen Bescheid sagen, die wirken so unbeeindruckt. Und ich unterstelle, dass es daran liegt, dass man es nicht hört.

Ich will ja auch nur darauf hinweisen, dass ein GRÜNEN-Antrag ansteht, vielleicht sollte dann wenigstens mehr als ein Grüner dasitzen.

Also auf der **Seite 389** befinden wir uns im **Teilhaushalt des Gartenbauamts**.

Antrag 158 (Seite 389): Klimaanpassungsstrategie, Neukonzeption und Erhöhung des Förderprogramms zur Begrünung von Dach und Fassaden (GRÜNE)

(Gong ertönt)

Oh, jetzt kommt ja das ganz große Geschütz, sehr gut. Nächstes Mal müssen wir es etwas früher gongen lassen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Hier geht es, wie gesagt, um die Klimaanpassungsstrategie. Dieses Förderprogramm zur Begrünung von Dach- und Fassadenbegrünung und Hofbegrünung, das gibt es ja schon sehr lange und das hat sich echt bewährt. Das ist ein super Programm, wird auch sehr nachgefragt und hilft einfach bei der Begrünung und bei der Biodiversität. Die Mittel, die Aufstockung um 17.000 Euro, die wir jetzt hier beantragen, bei denen geht es aber nicht hier um das Förderprogramm, das ist finanziell abgedeckt, sondern es geht vor allem um den Rückbau von bestehenden Schottergärten. Zwar sind die schon lange verboten gewesen nach der Landesbauordnung, aber jetzt im Nachhinein ist es nicht möglich, den Rückbau anzuordnen und deshalb muss man Anreize schaffen, um den Menschen zu ermöglichen, auch zu erkennen, dass es wichtig ist und dass es vor allem auch einfache Formen der Bepflanzung gibt, die pflegeleicht sind und die aber trotzdem der Biodiversität nutzen. Und da sind keine Mittel dafür vorhanden in dem Programm. Mit dieser Aufstockung können wir erreichen, dass dort, wo übrigens auch viele Bürgerinnen und Bürger sich ständig beschweren, dass Nachbarn Schottergärten haben, dass diese Menschen beraten werden, auch über die Arten der Bepflanzung, die ihnen dann nicht viel Arbeit macht und trotzdem sehr nützlich ist oder auch um was Schönes anzulegen. Dafür sind diese Mittel vorgesehen. Beratung, aber auch dieser finanzielle Anreiz dazu, denn es kostet relativ viel, wenn man Schottergärten zurückbauen möchte. Und man bekommt dann wenigstens noch etwas Mittel dazu von der Stadt.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Also, Frau Kollegin Rastätter, jetzt bin ich doch ein bisschen überrascht, dass jetzt auf einmal so mit einfacher Bepflanzung da doch ein großer Effekt zu erzielen ist. Vorhin haben Sie, glaube ich, was ganz anderes gesagt. Nichtsdestotrotz der Antrag ist sicherlich gut gemeint. Und Sie wissen, ich bin selbst eine große Gärtnerin und stimme natürlich zu, dass Fassadenbegrünung und auch Dachbegrünung ein wichtiger Bestandteil wäre, um das Klima in unserer Stadt zu verbessern. Nichtsdestotrotz haben Sie einen

Aspekt außer Acht gelassen und das ist, dass wir gerade die, die die Schottergärten angelegt haben, und dazu haben die Leute ja einen Grund, die wollen keinen Pflegeaufwand, dass wir die damit belohnen, indem wir ihnen dann jetzt im Prinzip einen Fördertopf aufmachen für die Gartengestaltung, während die anderen Bewohner von Karlsruhe das alles aus eigener Tasche finanziert haben. Und aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Der Vorsitzende. Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir in die Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

Antrag 159 (Seite 389): Jährliches Lichterfest (KAL/Die PARTEI)

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich möchte gleich ankündigen, dass wir den Antrag modifizieren. Wir haben ja beantragt jährlich, wir möchten jetzt zur Abstimmung stellen alle zwei Jahre. Aber wir wünschen uns doch, und dann noch eben in 2023 das erste Mal, dass da wieder das Lichterfest durchgeführt wird. Muss einfach sehen, dass es doch viele Menschen gibt, für die das ganz wichtig ist im Sommer, dieses Highlight im Stadtgarten zu erleben. Es ist sicherlich auch noch mal, möchte ich behaupten, eine andere Klientel als die Menschen, die vor das Schloss pilgern zu den Schlosslichtspielen. Ich denke, beides hat Platz in der Stadt. Und meine Fraktion und ich persönlich würden uns freuen, wenn andere Fraktionen diesen Weg auch mitgehen könnten.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Ich habe mir sagen lassen, das ist ziemlicher Kult, dieses Lichterfest. Und es wäre schade, wenn wir das jetzt so begraben würden, deswegen gehen wir mit dieser modifizierten Fassung mit, jährlich wäre uns dann doch zu viel. Und würden uns freuen, wenn das 2023 wieder stattfinden könnte. Und für die Zukunft, also für die kommende Doppelhaushalte könnte wir noch mal in die gemeinsame Prüfung gehen, ob da nicht vielleicht in der Art und Weise und im Umfang und im Aufwand etwas verändert werden kann, dass es zwar noch stattfindet, aber vielleicht nicht mehr so personen- und geldintensiv.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Diesen modifizierten Antrag können wir dann auch mitgehen. Aus unserer Sicht war das auch immer noch die aktuelle Beschlusslage, insofern freuen wir uns dann, wenn es hoffentlich nächstes Jahr wieder stattfinden kann.

Stadtrat Zeh (SPD): 1967 bin ich zum ersten Mal zum Lichterfest gegangen im Rahmen der Bundesgartenschau. Seit damals ist es eine ganz besondere Atmosphäre, die hier im Stadtgarten durch die vielen Lichter abends erzeugt wird. Es gibt inzwischen viele Modifikationen, es ist ja nicht mehr inklusive in der Zoo-Eintrittskarte, sondern muss zusätzlich bezahlt werden. Auch da muss man natürlich dann bei der Detailplanung weitersehen. Wir meinen aber auch, dass wir das alle zwei Jahre durchaus durchführen sollten. Wie es genau geplant wird, wie es umgesetzt wird, ist sicherlich dem Gartenbauamt dann wieder überlassen. Wir werden auch dem modifizierten Antrag der KAL zustimmen.

Stadtrat Hock (FDP): Ich hatte immer gedacht, die modifizierte Möglichkeit ist noch die Beschlusslage, davon bin ich jetzt auch ausgegangen, dass das noch so ist. Für meine Fraktion war klar, dass dieses Fest alle zwei Jahre stattfindet. Und es muss natürlich auch klar sein, dass dieses Fest einhergehend bei dem Gartenbauamt bedeutet, viel Personal, keine Frage und ich glaube auch, dass irgendwann mal Investitionen in die Beleuchtungsanlagen dort

erforderlich sein müssten. Denn, wenn man beim Lichterfest ist, so wie ich das immer bin, muss ich sagen, da sind einige Anlagen nicht mehr so auf dem neuesten Stand. Da werden wir dann auch mal darüber reden müssen, dass wir da Geld mitbringen. Also, wir möchten als FDP-Fraktion, dass das Lichterfest alle zwei Jahre stattfindet, deshalb haben wir damals auch dafür gestimmt, dass das so getan wird. Und wenn der Kollege Lüppo Cramer das jetzt genauso vorgetragen hat, dann würden wir da gerne mitgehen und würden uns dafür aussprechen, dass es dann alle zwei Jahre so stattfindet.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Mit diesem zweijährigen modifizierten Antrag trifft es ja genau das, was wir mit unserem Antrag 7a wollten und das ist ja konform. Wir müssten uns tatsächlich alle Veranstaltungen anschauen, ob sie jährlich sind. Aber diese Veranstaltung hier alle zwei Jahre, die tragen wir selbstverständlich mit. Und in Zukunft, das hat der Kollege Hock gesagt, sollte man auch schauen, was man von Veranstaltung zu Veranstaltung ein wenig besser machen kann.

Der Vorsitzende: Ich würde Ihnen Folgendes vorschlagen. Ich würde den Antrag, wenn ich ihn richtig verstanden habe, Herr Stadtrat Cramer, als so modifiziert betrachten, dass sie dann im Jahr 2023 diese 150.000 Euro einstellen und auch dann nachfolgend in allen zwei Jahren. Ich würde Sie aber bitten, dass wir uns im Jahr 2022 rechtzeitig noch mal Gedanken machen, wie denn auch das Fest weiterzuentwickeln ist. Ich kann mich erinnern, dass wir letztes Mal schon Teile dieser Lichtinstallationen einrahmen mussten oder ganz abschalten, weil sie den Sicherheitsstandards nicht mehr gehorchten. Dass wir auch hier noch mal eigentlich in eine komplette Neuinvestition einsteigen müssen. Ich finde es auch schwierig, wenn man den Zoo rausnimmt, ich sage das ganz offen. Ich hätte hier gerne ein Konzept, dass dann, wenn schon, auch alles ein bisschen integriert angeht, sofern das möglich ist. Ich sage ja nicht, dass das der Antrag ist, ich will nur einfach bitten, dass man dann noch mal sich über eine Konzeption Anfang nächstens Jahres abschließend in einem Fachausschuss unterhält. Gegebenenfalls auch im Hauptausschuss, für was letztlich diese Mittel da sind und wie das Ganze weitergehen soll. Wenn wir uns so einigen könnten, dann macht das, glaube ich, Sinn. Nur, diese Schleife sollten wir noch einmal nehmen, damit wir jetzt nicht versuchen, etwas sozusagen zu erneuern, was aber vielleicht noch in einer modifizierten Form mehr Zukunft hätte.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Und diesen so modifizierten Antrag stelle ich jetzt hier zur Disposition und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **deutliche Mehrheit**.

Anträge 160 a bis c (Seite 393): Beleuchtung der Calisthenics-Anlage in der Südstadt. Hier gibt es zwei Anträge, die 25.000 Euro begehren (SPD) (KAL/Die Partei) und einen Antrag ohne Betrag (DIE LINKE)

Stadträtin Moser (SPD): Die Calisthenics-Anlage in der Südstadt wird sehr gut angenommen. Allerdings ist sie in den dunklen Monaten, also sprich, wenn es schon dunkel wird um 16 oder 17 Uhr für viele Jugendliche und junge Erwachsene nicht zu nutzen, weil Schule, Ausbildung, Berufstätigkeit dagegenstehen, dass sie die Anlage vernünftig nutzen können, weil es dunkel ist. Deswegen stellen wir hier den Antrag auf eine einfache Beleuchtungsanlage. Ich möchte kein Flutlicht, nicht, dass das missverstanden wird, eine einfache Beleuchtungsanlage mit Zeitschaltuhr, ab 20 Uhr schaltet die dann ab. Es gibt so einen Drücker, wenn keine Jugendlichen da sind, wird das natürlich nicht aktiviert das Licht. Ich bitte alle Fraktionen, dem zuzustimmen.

Der Vorsitzende: Dann haben wir weitere Antragsteller. Bei KAL/Die PARTEI habe ich noch keine Wortmeldung und für die LINKE. habe ich auch noch keine. Dann machen wir es der Reihenfolge nach.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir haben uns auch im Ausschuss schon positiv dazu geäußert, dass wir das unterstützen und wollen an der Stelle auch klar sagen, dass wir den SPD-Antrag mitgehen. Da ist der kleine Unterschied zwischen der Uhrzeit und der Zeitschaltuhr im Vergleich zu den anderen beiden Anträgen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich denke, wir machen hier einen Fehler, wir machen wieder den zweiten vor dem ersten Schritt. Grundsätzlich ist es natürlich richtig, dass man versucht, das Bewegungsangebot zu fördern. Aber wir schaffen, so wie es auch in der Verwaltungsantwort steht, einen Präzedenzfall. Ich würde doch, wie gesagt, so, wie es in der Verwaltungsantwort auch gefordert ist, einfach noch mal zu warten, dass man wirklich schaut, was man hier entsprechend machen kann. Denn Erstens bevorzugt man natürlich Calisthenics, denn viele Plätze, die eben normales Sportangebot machen, sind auch nicht beleuchtet. Und zweitens gehen wir jetzt auch in einen Bereich rein, wo man mit Beleuchtungen durchaus ein neues Feld aufmacht. Ich denke, das sollte erst noch mal beraten werden entsprechend, dass man sieht, man hat wirklich für die einzelnen Stadtteile und auch für die einzelnen Sportarten dann vielleicht ein gemeinsames Konzept. Unserer Ansicht nach, ist das zu früh und wir würden hier nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Ich möchte auch noch mal in diese Kerbe hauen. Wir müssen jedes Jahr die vielen Wünsche der Jugendlichen nach beleuchteten Bolzplätzen an allen möglichen Stellen in der Stadt ablehnen, was einem manchmal auch ein bisschen wehtut. Wobei man sich ganz gut an seine eigene Jugend erinnern kann, wo einen auch Dunkelheit nie davon abgehalten hat, bis in die Puppen auf Bolzplätzen herumzutoben. Und jetzt gibt es eine gewisse privilegierte Nutzungsgruppe, die jetzt innerhalb von wenigen Monaten durchsetzt, dass man hier eine Beleuchtung einführt gegen alle fachlichen Bewertungen. Das muss Ihnen klar sein, dass Sie das tun. Und insofern würde ich, falls es hier zu einer Mehrheit kommt und so sieht es ja ein bisschen aus, würden wir diesen Betrag jetzt da einstellen, aber wir würden Ihnen noch mal abverlangen, dass wir Ihnen auch noch mal darstellen, was rechtlich überhaupt möglich ist. Damit Sie dann noch mal die konkrete Investition im Fachausschuss diskutieren. Das würde ich Ihnen dann gerne zumindest noch mal abverlangen an der Stelle.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Die Problematik sehen wir natürlich auch, die Sie hier ansprechen. Trotzdem ist die Initiativbewegung in der Südstadt stark und steht auch hinter der ganzen Sache. Deswegen, wir sehen hier schon einen guten Grund, was zu machen. Aber wir wollen gerne einen Initiativantrag an der Stelle stellen. Und zwar, wir haben das im Ausschuss oft diskutiert, wenn die Stadtverwaltung das macht, gibt es sozusagen nur den Goldstandard. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, das zu fördern. Es gibt Leuchten, die sind mit Photovoltaik und kleinem Speicher und da brauchen wir kein Kabel hinlegen, das macht das Ganze schon sehr viel billiger und günstiger und dort gibt es sogar eine Gitterwand, wo man die aufhängen kann. Also so ein Ding kostet 4.000 Euro maximal professionell, alles super. Also wir müssten in der Stadtverwaltung nicht immer diese Edelstandards fahren, sondern auch einfache Lösungen möglich machen. Und das wäre unser Antrag an dieser Stelle, das alternativ zu betrachten.

Stadtrat Hock (FDP): Das, was der Kollege Friedemann Kalmbach gesagt hat, sollte man natürlich prüfen in dem Zusammenhang. Herr Oberbürgermeister, Ihre Einlassung eben lässt mich natürlich jetzt einmal kurz darauf eingehen, wir, der Gemeinderat, haben das Königsrecht, heute, an diesem Tag solche Anträge zu stellen und mit Ihnen und der Verwaltung zusammen zu diskutieren. Sie können Ihre Meinung haben, aber dieser Gemeinderat hat auch eine Meinung. Und wenn dieser Gemeinderat das mehrheitlich beschließt, dann können wir das gerne natürlich noch mal in den zuständigen Ausschüssen besprechen, aber dieses Gremium hat die Entscheidungsmacht, das heute zu tun.

Der Vorsitzende: Das wollte ich auch gar nicht bezweifeln, Herr Stadtrat Hock, nicht, dass Sie mich falsch verstanden haben. Nur, wir müssen Ihnen eine technische Umsetzung präsentieren, die rechtskonform ist und die müssen Sie kennen, damit Sie entscheiden können, ob damit Ihrem Antrag genüge getan ist oder nicht. Ich will es dann nicht noch mal zur Abstimmung stellen, das ist dann durch. Also, dass wir das grundsätzlich jetzt irgendwie hinkriegen müssen, ist klar, aber wir würden Ihnen das noch mal vorstellen. Und Herr Kalmbach, Sie brauchen keinen Initiativantrag, ich nehme das gerne auf, wenn wir es für 4.000 Euro als Stadt kriegen können, sind wir sofort dabei, das wissen Sie. Und wir machen mit den 21.000 sonstigen Euro gerne was anderes Vernünftiges. Das können wir aber auf der fachlichen Ebene klären, das nehmen wir gerne auf.

Stadträtin Moser (SPD): Sie sagten ja schon, dass Sie den Antrag von Herrn Kalmbach nicht mit abstimmen werden, das ist auch gut so, weil, im Winter scheint viel zu wenig die Sonne und an manchen Tagen wäre dann eine Beleuchtung überhaupt nicht möglich. Weiß ich aus eigener Erfahrung von unserer Photovoltaikanlage auf dem Dach.

Der Vorsitzende: Ich sehe schon, dass wir hier ganz viele Expertinnen und Experten einbeziehen sollten und das werden wir dann gerne tun. Wir müssen am Ende einfach den Auftrag des Antrages erfüllen. Und insofern würde ich jetzt den SPD-Antrag zur Abstimmung stellen, nachdem da jetzt offensichtlich auch noch Unterschiede zwischen den Anträgen bestehen. Und dann schauen wir mal, wie sich das mehrheitlich hier oder minderheitlich darstellt. Und ich bitte deswegen um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**. Wie gesagt, wir werden Ihnen die technische Umsetzung dann auch noch mal zur Kenntnis geben.

Auf der Seite 392 will ich über die Veränderungsliste darauf hinweisen, dass wir hier noch

zusätzliche Investitionsmittel in Durlach für eine ganze Reihe von einzelnen Projekten eingestellt haben, die ich Ihnen jetzt nicht alle vorlesen will.

Antrag 161 (Seite 395): Wohnraum in der Stuttgarter Straße schaffen (CDU)

Stadtrat Müller (CDU): Die Stuttgarter Straße in ihrer derzeitigen Planfassung oder vorgesehenen Planfassung stellt uns sicherlich auch in den nächsten Doppelhaushalten vor enorme Herausforderungen. Unser Antrag als solches hat sicherlich momentan keine Auswirkungen aktueller Art auf den jetzt aufzustellenden Haushalt, aber wir wollen rechtzeitig den Fokus drauflegen, um heute schon an die nächsten Doppelhaushalte zukünftig zu denken und auch in diese Richtung zu handeln. Sicherlich liegt der planerischen Entwicklung der Stuttgarter Straße, die Konsensus-Konferenz von 2013 zu Grunde. Allerdings haben sich die Vorzeichen und die Lagen, vor allem die finanzielle Lage der Stadt in einen traumatischen Zustand fortentwickelt. Und wir können heute nicht mehr mit den Argumenten von 2013, gerade auf den finanziellen Haushalt hin, werten.

Unser Antrag zielt letztendlich darauf ab, in Bauabschnitt 2 zusätzlich eine teilweise Bebauung vorzusehen, welcher Art auch immer, da könnte man sicherlich noch diskutieren, wie sie ausfallen mag, aber dadurch eine Teilrefinanzierung hinzubekommen, um dann auch diese zukünftigen Haushalte ein Stück weit zu entlasten. Weil ich glaube, man muss das schon insgesamt stadtweit den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass auf der einen Seite ein Großteil dieses Gemeinderates auf Steuererhöhungen pocht, wir aber auf der anderen Seite ein Projekt anstoßen wollen, neben der Verlagerung der ESG Frankonia, dann überwiegend auch noch Kleingärten zu konzipieren. Dafür letztendlich dann diese Steuermillionen in die Hand zu nehmen, schlichtweg auch Kleingärten mit mehreren hunderttausend Euro zu subventionieren, das erschließt sich uns in Gänze nicht. Ich glaube, da haben Sie in den Top Ten des Bundes für Steuerzahler mit Sicherheit auch einen der vorderen Plätze erreicht.

Sie sprechen aber auch alle in diesem Gemeinderat, allen voran die LINKEN, SPD, GRÜNEN, ja, wir auch, von einem sozialen Wohnungsbau, von bezahlbaren Wohnungen. Aber bitte schön, da müssen wir auch Flächen dafür haben. Wenn wir den Stadtentwicklungsstrategiebericht von 2035 Wohnen und Bauen sehen, dann haben wir diesbezüglich einen Bedarf bis dahin von 14.000 Wohneinheiten. Die werden wir nicht hinbekommen mit Nachverdichtungen. Die werden wir aber auch nicht hinbekommen mit irgendwelchen Lippenbekenntnissen, sozialen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dann müssen Sie den zweiten Schritt tun und auch die Flächen dazu bereitstellen, um genau dieses Ziel auch nur ansatzweise erreichen zu können. Und mit Ihren Lippenbekenntnissen und mit dem, was folgt, erinnert mich die ganze Geschichte an den Urlaub des Kollegen Bimmerle in Barcelona, als er auf diesen Mann mit seinen drei Hütchen traf. Sie tun ja nichts anderes, Herr Bimmerle, mit Ihren ewigen Phrasen von bezahlbarem und sozialem Wohnraum. Ja, gut, dann seien Sie doch jetzt endlich mal auch dazu bereit, einen zweiten Schritt zu gehen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Im letzten Jahr wurde darüber abgestimmt im Gemeinderat und das Ergebnis war eindeutig. Jetzt weiß ich nicht, warum Sie es noch mal in den Haushalt bringen, obwohl Sie selbst sagen, das ist gar kein Haushaltsantrag. Sie wollen es wieder abstimmen lassen, machen wir. Aber wir bleiben dabei, das ist dieses grüne Band von Durlach bis zum Rhein, was da eben durchläuft durch dieses Gebiet. Wir können nicht ganz Karlsruhe völlig zubauen mit Wohnungen. Wir brauchen auch noch Grünzonen, die erhalten bleiben

müssen. Und da gehört dieser Bereich einfach dazu. Wir bleiben bei unserer Haltung.

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Müller, das wäre tatsächlich ein Millionenhaushaltsantrag für jetzt, für diesen Doppelhaushalt, weil natürlich für Wohnungsbebauung müssen Sie tiefer die Kampfmittelondierung durchführen als wir demnächst vergeben. Wir haben das gerade im Bauausschuss auch betrachtet. Von daher müssen Sie deutlich tiefer gehen, neu vergeben, alles. Sie müssen neu planen, Sie müssen den Regionalplan ändern. Letztendlich ist die Südstadt der dicht bebauteste Stadtteil. Es war früher ein Gewerbegebiet, es sollte ja der Paket-Post-Bahnhof draufgebaut werden wegen der Lärmbelastung. Die CDU geht hier eine völlig falsche Richtung. Und preiswert ist mit der Kampfmittelbeseitigung diese Wohnbaufläche auch nicht. Wir werden auch diesen Antrag ablehnen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Die Volksseele hat gekocht, bevor diese Konsensus-Konferenz stattfand. Und zwar, es geht um die Kleingärten. Der soziale Zusammenhalt hing doch sehr stark mit den Kleingärten zusammen, deswegen war es auch nicht möglich einfach zu sagen, wir bebauen das jetzt. Die Leute würden das nicht akzeptieren in der Südstadt, wir würden sozialen Unfrieden schaffen an der Stelle. Natürlich, hört sich das charmant an, plötzlich haben wir Flächen, die können wir bebauen. Aber wir dürfen das den Leuten nicht antun, denn, das haben wir versprochen, dass wir das auch nicht tun. Deswegen müssen wir zu unserem Wort stehen, wir können das jetzt nicht umnutzen, das geht nicht. Deswegen ganz klar unser Nein.

Der Vorsitzende: Dann können wir jetzt zur Abstimmung kommen und ich bitte um Ihr Votum. Das ist **abgelehnt**.

Ich möchte darauf hinweisen, auf der Seite 395, dass wir die Auszahlungsansätze Stuttgarter Straße aufgrund veränderter Kostenschätzungen in den Jahren anders verteilt haben.

Ja, stimmt. **Stuttgarter Straße haben wir noch das Thema Rüppurr.** Kann ich da an Sie geben, Frau Erste Bürgermeisterin, wie wir damit umgehen wollen.

Erste Bürgermeisterin Luzcak-Schwarz: Wir würden Ihnen vorschlagen, dass Sie dieser Reduzierung zustimmen, so wie es über der Veränderungsliste formuliert ist und wir machen Ihnen einen Vorschlag, nachdem wir noch mal genau erhoben haben, welche Mittel für 2022/2023 erforderlich sind und preisen die dann in den Satzungsbeschluss ein für nächste Woche Dienstag. Sie müssten aber nur heute diesem Antrag, dass die Mittel für Rüppurr aufgenommen werden sollen, einen positiven Beschluss, ein positives Votum für uns abgeben und dann würden wir das haushaltstechnisch umsetzen. Wäre das okay?

Stadtrat Zeh (SPD): Also, darüber muss natürlich extra abgestimmt werden. Die Reduzierung ist auf jeden Fall zunächst mal dann völlig freie Haushaltsmittel, das hätten wir gestern auch schon abstimmen können, den Antrag zur SG Rüppurr. Es ist eine zusätzliche Haushaltsausgabe, die wir mittragen als SPD-Fraktion. Aber natürlich nicht einfach als Umverteilung.

Der Vorsitzende: Nein, das ist klar. Wir haben ja gestern festgestellt, dass wir vielleicht diese Ihnen angebotene Streichung bei der Stuttgarter Straße nutzen können, um einen Betrag zu nehmen, den wir für Rüppurr einsetzen. Wir haben gestern gesagt, das können wir ja hier an der Stelle in der Haushaltsstelle klären. Wir sind jetzt noch mal in uns gegangen und würden

es gerne ordentlich machen, dass wir nicht hier, wo Stuttgarter Straße steht plötzlich die SG Rüppurr reinnehmen. Sondern wir würden die Veränderungsliste gerne so lassen, wie sie ist, dass wir nämlich diese Beträge rausnehmen und wir hätten gerne von Ihnen den Auftrag, und das können wir jetzt gleich abstimmen, damit wir es mal vom Tisch haben, die erforderlichen Mittel für die Umsetzung des ersten Bauabschnittes SG Rüppurr, sobald eben das nötig ist, in die nächsten beide Jahre einzupreisen. Und dann würden es direkt bei investive Sportmittel einpreisen, wo es eigentlich auch hingehört. Und das würden wir Ihnen bis nächsten Dienstag ausarbeiten, damit es im Satzungsbeschluss richtig drinsteht. Sie würden das voraussichtlich schon Freitag mitgeteilt bekommen, damit Sie es auch noch mal überprüfen können. Das ist jetzt das, worum ich gerne bei Ihnen um ein entsprechendes Votum bitten würde, dass wir da so damit umgehen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Weil ich gestern dazu gesprochen hatte, noch mal das zu wiederholen und um es auch richtig zu verstehen, es geht jetzt effektiv um einen Beschluss über zusätzliche 1,8 Millionen Euro im Investitionshaushalt für den Sportbereich. Das ist keine Umschichtung, in keiner Weise, sondern formal ein reiner Haushaltsantrag über Investitionsmittel. Und da hatte ich gestern ja auch schon angekündigt, dass wir den dann auch so nicht mittragen.

Der Vorsitzende: Es ist keine Umschichtung auf der Grundlage der aktuellen Veränderungsliste. Die aktuelle Veränderungsliste hat Ihnen aber aufgezeigt, dass wir bei der Stuttgarter Straße 1,6 Millionen Euro sparen, das wussten Sie ja bis vorletzte Woche noch gar nicht. Und so gesehen ist von dem Haushalt, wie wir ihn jetzt im September eingebracht haben, schon eine Art Umschichtung, weil wir an einer anderen Stelle auch entsprechende Mittel fast komplett freigeräumt haben. Sie können es jetzt politisch so oder so werten, bezogen auf die Veränderungsliste und die anfänglichen Haushaltsdaten, die ich Ihnen gestern eingeblendet habe, ist es eine Aufstockung. Da bin ich bei Ihnen. Bezogen auf den ursprünglich eingebrachten Haushalt kann man es auch durchaus als Umschichtung verstehen, das erleichtert vielleicht manchen die Entscheidung an der Stelle. Wir fühlen uns natürlich ein bisschen auch durch die Beschlüsse gebunden, dass man der SG Rüppurr auch diese Dinge so in Aussicht gestellt hat.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Aber wenn Sie das jetzt so machen und wir im weiteren Verlauf des Tages noch weitere Investitionsprojekte in anderen Teilhaushalten beschließen sollten, dann wäre das eigentlich genau dieselbe Argumentation. Und da kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie das dann so aufnehmen und argumentieren. Das ist doch dann indirekt durch eine Umschichtung quasi passiert. Das ist dann keine gleichwertige Behandlung der Anliegen mehr an der Stelle.

Der Vorsitzende: Sie können mich ja dann, wenn es so kommt, darauf hinweisen, dann versuche ich, Ihnen auch da Wege zu bahnen. Dem Regierungspräsidium gegenüber ist es schon eine ganz gute Argumentation, dass wir über die Veränderungsliste ja auch manche Bauprojekte von ihren Investitionshöhen her noch sozusagen positiv korrigieren konnten. Und da nehmen wir uns an der Stelle jetzt einfach ein bisschen einen Spielraum raus. Dass das nicht gerade die reine Logik ist und ganz stringent, da bin ich ja bei Ihnen. Aber bei der SG Rüppurr fühle zumindest ich mich auch ein bisschen an die Beschlüsse grundsätzlicher Art gebunden, die Sie ja auch schon gefasst haben. Und dass das irgendwann mal Geld kostet, ist auch klar. Es ist uns eben im Moment noch nicht möglich, so eine Art Gesamtfinanzierung darzustellen.

So nach dem Motto, weil wir später mal über die dort errichteten Wohnungen so viele Möglichkeiten wieder schaffen oder vielleicht sogar ja auch das Gelände dann irgendwie ein Stück weit auch zu Geld machen können, weil wir es an die Volkswohnung geben. Ich weiß auch gar nicht genau, wem es genau gehört. Also, da bringen Sie mich jetzt in Schwierigkeiten. Wir können einfach noch nicht diesen Zirkelschluss darstellen, dass am Ende die Finanzierung in die SG Rüppurr sich am Ende refinanziert aus anderen Positionen, die wir entweder finanzieller Art oder volkswirtschaftlicher Art haben, so wie wir das ja sonst bei den anderen Großsportprojekten immer machen, wenn es um diese Fusionsgedanken geht. Insofern ist es jetzt im Moment eine aktuelle Mehrbelastung, da bin ich völlig bei Ihnen, und wird natürlich auch erst mal das, was Sie heute beschließen aufstocken. Das ist ja logisch.

Gut, jetzt haben wir das, glaube ich, soweit geklärt. Und ich würde jetzt für das, was ich mündlich formuliert habe, womit Sie uns beauftragen und ja dann am Ende der Woche noch mal eine Umsetzung vorgeschlagen bekommen, das würden Sie jetzt heute so abstimmen. Und ich bitte Sie um Ihr Votum. - **Das ist eine Mehrheit.**

Wir haben noch mal eine summenneutrale Umplanung im Gartenbauamt bei den verschiedenen Themen zu den Kinderspielprojekten vorgenommen. Das findet sich in der Veränderungsliste bezogen auf die **Seite 396 ff.**

Anträge 162 a bis d (Seite 397): Stadtteilentwicklungskonzept Oberreut, Bolzplatz Albert-Braun-Straße, Einstellung der erforderlichen Mittel (Interfraktioneller Antrag), (FDP), (CDU), (Bürger/Einwohner)

Ich will noch mal darauf hinweisen, dass die gewünschte Umschichtung von Planansätzen innerhalb des Gartenbauamtes aus Sicht der Verwaltung nicht realistisch ist.

Stadträtin Uysal (SPD): Nur wer das Spiel des Kindes ernst nimmt, nimmt auch das Kind ernst. In diesem Satz steckt bereits alles, was die Bedeutung des Spielens ausmacht. Kinder brauchen Spielräume zum Leben, Kinder brauchen Bolzplätze, um ihre Freizeit sinnvoll auszufüllen. Genau dieses Anliegen wurde bereits in Jugendkonferenzen mehrmals zum Ausdruck gebracht, dass es eine Herzensangelegenheit ist für die Kinder, Bolzplätze zu haben, um sich dort zu treffen und um sich dort aber auch auszutoben. Auch Oberreuter Kinder und Jugendliche haben dieses Anliegen bereits mehrmals vermittelt. Deshalb beantragen wir heute, was ja im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Oberreut schon bereits eigentlich einkalkuliert ist und drin ist, die Umsetzung der Belagsänderung für den Bolzplatz Albert-Braun-Straße. Ich freue mich umso mehr, dass meine Mitkolleginnen und -kollegen hier dieses Anliegen genauso unterstützen und dass wir das interfraktionell hier noch mal zum Ausdruck bringen, dass wir eben Spielräume für Kinder und Jugendliche brauchen und dass wir das hier auch im Gemeinderat ernst nehmen. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass wir hier einen deutlichen Zuspruch haben.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich möchte es kurz machen, wir haben schon so oft über das Thema geredet. In den letzten beiden Jugendkonferenzen 2018/2019 und 2020/21 und während des Stadtteilentwicklungsprozesses haben sich die Jugendlichen von Oberreut für die Verbesserung des Bolzplatzes in der Albert-Braun-Straße eingesetzt. Begehungen fanden statt und die Hoffnung auf eine Veränderung war groß. Mit diesem heutigen Antrag wollen wir dieses berechtigte Anliegen endlich in die richtigen Bahnen lenken. Wenn wir heute die-

sem Projekt nicht zustimmen, wird es der Politikverdrossenheit Vorschub leisten und den Glauben in unsere Verwaltung schwer erschüttern. Ich bedanke mich bei allen Akteurinnen, die bereits in dieser Angelegenheit tätig waren. Lassen Sie uns gemeinsam diese Maßnahme endlich zu Ende bringen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich denke, über die Wichtigkeit von Bolzplätzen und Bewegung brauche ich nicht mehr groß was sagen. Das Einzige, was wirklich auch der Kollege Borner gerade gesagt hat, was wichtig ist, mit solchen Entscheidungen, gerade, wenn wir in den Jugendkonferenzen die Leute miteinbeziehen, nur so nehmen sie auch uns ernst, wenn wir immer wieder sie vertrösten, nehmen sie uns nicht ernst. Und deswegen bitte ich insbesondere auch die Verwaltung, in dem Fall das Gartenbauamt, wenn Sie dann priorisieren, da kann ich mich überhaupt nicht einmischen, das ist absolut in Ordnung, bitte doch noch mal zurück in die Politik, dass wir auch aus politischer Sicht dann in Zukunft priorisieren können, dass wir uns abstimmen und nicht so eine Debatte dann hier führen müssen. Von daher denke ich, dass wir hier auch zustimmen müssen. Und ich denke, nachdem es ja leider mit Umschichtung nicht geht, wir aber durchaus in dem Bereich auch Mittel sehen, würden wir dem Antrag insgesamt zustimmen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Also für mich entscheidend bei dieser Sache gerade in Oberreut ist das exemplarisch, nehmen wir jetzt als Politik die Jugendlichen ernst oder nehmen wir sie nicht ernst. Und ich war zweimal für das Bolzprojekt Oberreut Pate, das ist ja eine der Spielregeln. Und ich muss schon sagen, ich stehe persönlich bis jetzt also sehr dumm da bei den jungen Menschen in Oberreut. Ich möchte auch behaupten, wenn die Politik das über Jahre wünscht und mitträgt und diskutiert, dass jetzt einfach mal die Verwaltung akzeptiert, dass der Gemeinderat sagt, was gemacht wird. Und dann eben die Verwaltung, sprich das Gartenbauamt, da umsetzt. Das erwarte ich, das ist meine Vorstellung, auch als Mitglied des Gemeinderats. Ich werde gewählt draußen, alle werden gewählt, die hier sitzen und dann erwarte ich, dass das auch in den Ämtern so akzeptiert wird, dass wir da das letzte Wort haben und das dann einfach so umgesetzt wird. Die Jugendlichen verlieren nicht das Vertrauen in die Verwaltung, das wissen die ja gar nicht. Die verlieren das Vertrauen in die Politik und das sind eben in Karlsruhe wir Stadträtinnen und Stadträte hier im Gemeinderat.

Stadtrat Hock (FDP): Da hat der Kollege Cramer natürlich hundertprozentig recht. Bei diesem Projekt steht nicht die Verwaltung am Pranger, da stehen wir, die in der Jugendkonferenz mehrfach waren und uns dieses mehrfach angetragen wurde und jeder hier in diesem Raum sich dafür eingesetzt hat, wir stehen am Pranger. Denn die Leute sagen ja, ihr habt uns das mal versprochen, ihr habt uns gesagt, ihr setzt euch dafür ein und ihr habt nichts umgesetzt. Deshalb ist den Worten meines Kollegen Cramer nichts zuzufügen. Wir, der Stadtrat der Stadt Karlsruhe möchte dieses Projekt auf den Weg bringen und wir bitten, dieses jetzt auch zu akzeptieren und umzusetzen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Meinen Vorrednern ist nichts mehr hinzuzufügen. Wir stimmen natürlich zu. Eine Frage allerdings habe ich. Ein Bolzplatz, ich wollte schon Goldplatz sagen, für 250.000 Euro. Ich habe während meiner Vereinstätigkeit Plätze für 15.000 Euro herstellen lassen können. Also da frage ich mich immer, was kostet da so viel Geld.

Der Vorsitzende: Die Frage möchte ich jetzt nicht hier diskutieren. Das können Sie dann im Fachausschuss tun. Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass uns Oberreut ja ganz wich-

tig und auch ganz wertvoll ist und wir deswegen innerhalb des Gartenbauamtes aufgrund fachlicher Kriterien den Bolzplatz in der Wörieshofener Straße vorgezogen haben und die Sanierung des anderen Bolzplatzes erst dann anschließend in den nächsten Haushalten angehen würden. Wenn Sie das andersrum wünschen, und da ich nicht davon ausgehe, dass Sie das jetzt alternativ zur Wörieshofener Straße sehen, müssen Sie jetzt diesen zusätzlichen Mittel dort einstellen. Mir ist nur wichtig, dass nicht nach draußen der Eindruck entsteht, wir hätten Oberreut irgendwie nicht mehr im Blick und wir würden auch die dortigen Anregungen nicht ernst nehmen, sondern mit der Wörieshofener Straße würde ein völlig neuer Bolzplatz mit allem, was dazugehört, in den nächsten zwei Jahren entstehen können, weil die Mittel dafür eingestellt sind. Und damit hätten die Jugendlichen auch in den nächsten zwei Jahren schon ein gutes Angebot. Zumal der Bolzplatz in der Albert-Braun-Straße zwar sanierungsbedürftig, aber nach wie vor durchaus funktional ist. Und das war die Überlegung unter anderem, warum wir an der Stelle so entschieden haben. Ich würde Ihren Vorschlag aufnehmen, Herr Stadtrat Hofmann, dass wir uns mal darüber unterhalten, wie wir solche Prioritätensetzungen dann gegebenenfalls fachlich mit Ihnen vorberaten. Hier war jetzt nur die Außenwirkung wichtig. Hier geht jetzt sozusagen im heldenhaften Pathos darum, den Stadtteil Oberreut und die Jugendlichen dort zu retten. Das ist durchaus vorgesehen gewesen, aber eben in einer anderen Reihenfolge und mit einer anderen Prioritätensetzung.

Damit kommen wir zur Abstimmung, die 260.000 Euro stellen wir jetzt ein. Herr Wenzel, wenn Sie uns von Ihren Lebenserfahrungen teilhaben lassen können und wir es am Ende für 15.000 Euro hinkriegen, werden wir nichts dagegen haben.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Hat sich dann der CDU-Antrag erledigt oder wie?

Der Vorsitzende: Da geht es ja über Umschichtung, das hat sich erledigt. Denn Sie wollen jetzt nicht irgendeinem anderen Stadtteil einen Bolzplatz wegnehmen oder irgendeinen anderen Spielplatz. Davon gehe ich mal aus. Insofern ist es fairer, wenn wir das dann eben gegebenenfalls draufsatteln.

Also dann würde ich alle Anträge jetzt gemeinsam aufrufen, weil, ich glaube, in der Zielsetzung ist es identisch und bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Alles klar, **Zustimmung**, das macht mich jetzt in Oberreut endgültig tot. Also gut.

Im Übrigen, auch die Verwaltung kriegt hier relativ viel ab, das war mir noch wichtig. Ich habe Bekanntschaft getroffen über Insta mit einem 15-jährigen Basketballbegeisterten, der mich alle Woche fragt, warum denn der Basketballkorb in der Günther-Klotz-Anlage noch nicht repariert ist. Ich kann Ihnen sagen, auch die Verwaltung wird da durchaus ernst genommen als handelnde Personen. Es sind nicht nur Sie als Stadträtinnen und Stadträte.